

## Die Solidarität und der Streik

– im Anschluß an Plander „Solidaritätsverbot  
durch Solidaritätsstreikverbot?“ in ZTR 1989, 135 –

Von Ulf Berger-Delhey, Bonn

### I. Solidarität als Problem

Kaum ein Begriff findet in der modernen Gesellschaft eine so schillernde Verwendung wie derjenige der Solidarität. Dabei ist das aus dem Lateinischen abgeleitete Wort eigentlich (nur) mit „Zusammengehörigkeitsgefühl, Kameradschaftsgeist, Übereinstimmung“ zu übersetzen<sup>1)</sup>, bezeichnet seinem ursprünglichen Sinne nach also eine geistige Haltung. Seine ganze Emotionalität enthüllt der Begriff erst mit einem Blick auf die Arbeiterbewegung des letzten Jahrhunderts, in deren Theorie er im Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft nämlich in bewußter Abkehr zur herrschenden Moral gesehen wurde. Als bestimmende gesellschaftsbildende Kraft und Teil der menschlichen Natur sollte die Solidarität durch eine den Staat und die damit verbundene Gesellschaftsstruktur stabilisierende Moral unterdrückt sein, weshalb sie – im Unterschied zum sog. Klassenbewußtsein – auch nicht durch bewußte Einsicht in die sozialen Verhältnisse, sondern nur durch Rückbesinnung auf das Menschliche zum Durchbruch kommen können sollte<sup>2)</sup>. Der Anarchismus glaubte sich dann schließlich sogar legitimiert, seine sog. direkten Aktionen auf dieses Theorem gründen zu können<sup>3)</sup>. Heute wird Solidarität dagegen überwiegend als wechselseitige Verbundenheit der Mitglieder einer Gruppe definiert, die sich unter dem Einfluß äußerer Momente zu ihrer Beseitigung wie eine Einheit verhalten, wobei zwischen dem Gruppenbewußtsein als einer Solidarität der Gesinnung und/oder der persönlichen Hilfsbereitschaft als einer solchen des Handelns unterschieden wird<sup>4)</sup>.

Soweit Solidarität gerade als Aufforderung zur persönlichen Aktion begriffen wird, liegt es freilich nahe, vor allem in besonderen Situationen, z. B. einem anderweitig geführten Arbeitskampf, entsprechend aktiv zu werden, sich diesem etwa anzuschließen. Als sog. Nebenstreik wird ein Solidaritäts- oder Sympathiestreik deshalb zur Unterstützung eines anderen Streiks, des sog. Hauptstreiks, geführt<sup>5)</sup>.

Kampfziel ist dabei die Unterstützung der Kampfforderung dieses Hauptkampfes aus Solidarität mit dessen Beteiligten<sup>6)</sup>. Weil demzufolge aber Kampfbetroffener und Adressat auseinanderfallen – beim Solidaritätsstreik ist Kampfgegner der unmittelbar bestreikte Arbeitgeber, Adressat hingegen der Arbeitgeber (-Verband) des Hauptarbeitskampfes<sup>7)</sup> – war die Frage der Zulässigkeit dieser Kampfform von Anfang an heftig umstritten<sup>8)</sup>, wobei in dieser Auseinandersetzung allerdings selbst die grundsätzlichen Befürworter der Zulässigkeit solcher Nebenarbeitskämpfe dies zunehmend einschränkten<sup>9)</sup>.

### II. Die Solidarität und das BAG

Ähnlich der Rechtslehre war auch die höchstgerichtliche Rechtsprechung zu dieser Frage lange Zeit uneinheitlich. Hatte das BAG die Frage, ob derartige „Parallelaktionen“ wie „echte“ Arbeitskämpfe zu der durch Art. 9 Abs. 3 GG geschützten koalitions-gemäßen – und damit auch entsprechend privilegierten – Betätigung zu zählen seien, noch ursprünglich in

1) Vgl. DROSDOWSKI/KÖSTER/MÜLLER/SCHOLZE-STUBENRECHT (Hrsg.), Der Duden, 4. Aufl. 1982 ff., Bd. 5: Fremdwörterbuch, 712.

2) Vgl. statt vieler nur M. ADLER, Soziologie des Marxismus, Bd. 3: Die solidarische Gesellschaft, 1964; ferner BERNSDORF (Hrsg.), Wörterbuch der Soziologie, 2. Aufl. 1969.

3) Vgl. u. a. RAMMSTEDT, Anarchismus, 1969.

4) Definition nach Brockhaus-Enzyklopädie, Bd. 17, 1973, 538.

5) Vgl. nur BROX/RÜTHERS/SCHLÜTER/JÜLICHER, Arbeitskampfrecht, 2. Aufl. 1982, Rn. 44, 63, 142 m. w. Nachw. insbesondere in Fn. 75.

6) BROX/RÜTHERS/SCHLÜTER/JÜLICHER, a. a. O. (Fn. 5), Rn. 142.

7) BROX/RÜTHERS/SCHLÜTER/JÜLICHER, a. a. O. (Fn. 5), Rn. 142.

8) Umfangreiche Nachw. der Rspr. und Lit. bei BROX/RÜTHERS/SCHLÜTER/JÜLICHER, a. a. O. (Fn. 5), Rn. 143 in Fn. 76 bzw. 77.

9) Vgl. dazu BROX/RÜTHERS/SCHLÜTER/JÜLICHER, a. a. O. (Fn. 5), Rn. 143 m. w. Nachw. in Fn. 82 ff.

einem obiter dictum bejaht<sup>10)</sup>, ließ es sie später offen<sup>11)</sup>, um sie schließlich zu verneinen<sup>12)</sup>. Die Rechtsprechung, daß ein Sympathiestreik in aller Regel rechtswidrig ist, und zwar auch dann, wenn er als „Solidaritätsstreik“ geführt wird, hat jetzt der Erste Senat des BAG mit Urteil vom 12. 1. 1988 – 1 AZR 219/86 –<sup>13)</sup> ausdrücklich bestätigt, was wiederum als „Solidaritätsverbot durch Solidaritätsstreikverbot“ auf recht vehemente Kritik stieß<sup>14)</sup>.

Nun wird nach weitgehend übereinstimmender Auffassung von einem Arbeitskampf gesprochen, wenn von Arbeitgeber- oder von Arbeitnehmerseite kollektive Maßnahmen zur Störung der Arbeitsbeziehungen ergriffen werden, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen<sup>15)</sup>. Freilich enthält weder das Grundgesetz – man konnte sich im Parlamentarischen Rat nicht einigen – noch sonst irgendein anderes Bundesgesetz eine Definition des Arbeitskampfes; der Begriff findet sich aber an verschiedenen Stellen (neben Art. 9 Abs. 3 GG z. B. §§ 17, 116 AFG<sup>16)</sup>, § 2 Abs. 2 Nr. 2 ArbGG<sup>17)</sup>, § 11 Abs. 5 AÜG<sup>18)</sup>, § 66 Abs. 2 BPersVG<sup>19)</sup>), das Institut als solches wird also als grundsätzlich zulässig vorausgesetzt<sup>20)</sup>. Allerdings räumt das Grundgesetz den Arbeitskämpfparteien keinen inhaltlich unbegrenzten und unbegrenzten Handlungsspielraum ein, weshalb eigentlich auch der Gesetzgeber berufen (war und) ist, u. a. Voraussetzungen, Inhalt und Rechtsfolgen des Streikrechts näher zu regeln<sup>21)</sup>. Da der Gesetzgeber aber dieser Aufforderung bislang weder nachgekommen ist noch zu erwarten steht, daß er dies in absehbarer Zeit zu tun gedenke<sup>22)</sup>, mußte zwangsläufig die Rechtsprechung „in die Bresche springen“. Diese entwickelte deshalb im Laufe der Jahre ein komplettes, am Gebot der sog. Kampf- bzw. Verhandlungspartität orientiertes Regelwerk<sup>23)</sup>, das u. a. auch Eingang in die Arbeitskämpfrichtlinien des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) vom 5. 6. 1974 fand<sup>24)</sup>. Danach dürfen Arbeitskämpfe insbesondere nur insoweit eingeleitet und geführt werden, als sie zur Erreichung rechtmäßiger Kampfziele und des nachfolgenden Arbeitsfriedens geeignet und sachlich erforderlich sind<sup>25)</sup>, das heißt, um mit den Worten des BAG zu sprechen, „die Funktion des Arbeitskampfes bestimmt die Grenzen seiner Zulässigkeit“<sup>26)</sup>. Den darauf aufbauenden, nur als schlechterdings schulmäßig zu bezeichnenden Schlußfolgerungen des BAG zum Problem des Solidaritätsstreiks ist eigentlich nichts hinzuzufügen:<sup>27)</sup> Weil der Arbeitskampf ausschließlich dem Ausgleich anderweitig nicht lösbarer tariflicher Interessenkonflikte dient, darf er auch nur zur Durchsetzung tarifvertraglicher Regelungen eingesetzt werden. Ist aber Kampfziel die Unterstützung eines anderen (Haupt-) Kampfes aus Solidarität mit dessen Beteiligten, fallen also Kampfgegner (= unmittelbar betroffener Arbeitgeber) und Adressat (= Arbeitgeber[-Verband] des Hauptkampfes) mit der Folge auseinander<sup>28)</sup>, daß der Kampfgegner die Kampfforderung überhaupt nicht zu erfüllen vermag, bleibt nur der Schluß, den auch das BAG folgerichtig gezogen hat, derartige Arbeitskämpfe als grundsätzlich rechtswidrig einzustufen.

Wegen eines solchen „Solidaritätsstreikverbots“ nun ein „Solidaritätsverbot“ besorgen müssen zu glauben<sup>29)</sup>, geht allerdings an der Sache vorbei. Schon im Hinblick auf die Art. 2 und 5 GG bleibt es selbstverständlich jedem Arbeitnehmer unbenommen, in

10) Beschluß vom 28. 1. 1955 – GS 1/54 = BAGE 1, 291, 310 = AP Nr. 1 zu Art. 9 GG Arbeitskampf = AuR 1955, 218, 231 (FREY); 1956, 1 (MEISINGER), 5 (SAVAETE), 269 (FREY); 1962, 225 (BORUCKI); 1963, 225 (REUSS) = BABI. 1955, 510 (REICHEL) = BB 1955, 454 (MOLITOR); 605 (HEIMANN), 704 (HOENIGER), 799 (HINTERDOBLER); 1956, 598 (HESSEL); 1957, 1281 (BRANDNER) = DB 1955, 455, 725 (MEISINGER), 945 (MEISINGER); 1956, 377 (A. HUECK), 1085 (MEISINGER); 1957, 845 (KAUFFMANN); 1958, 52 (MÜLLER), 869 (DIEKHOFF) = DRiZ 1957, 209 (SIMONS) = JZ 1955, 440 (NIKISCH); 1962, 425 (ZEUNER) = NJW 1955, 882, 972 (MEISINGER) = RdA 1955, 198; 1956, 13 (SIEBERT), 201 (A. HUECK), 325 (NIKISCH); 1958, 449 (HAMPEL) = SAE 1956, 1 (NIKISCH) – für Sympathieaussperrung.

11) Urteil vom 20. 12. 1963 – 1 AZR 157/63 = BAGE 15, 211 = AP Nr. 34 zu Art. 9 GG Arbeitskampf m. Anm. MAYER-MALY = EzA Nr. 7 zu Art. 9 GG Arbeitskampf = EzBAT Nr. 1 zu § 8 BAT Arbeitskampf = AuR 1964, 58, 283 = BABI. 1964, 619 = BB 1964, 552 = BISTSozArbR 1964, 168 = DB 1964, 75, 625 = DRiZ 1964, B 77 = JR 1965, 93 = JZ 1964, 468 = MDR 1964, 536 = NJW 1964, 1291 = RdA 1964, 195 = SAE 1964, 228 (ZEUNER) = VersR 1964, 761 – für Sympathiestreik; und Urteil vom 10. 6. 1980 – 1 AZR 168/79 = BAGE 33, 185 = AP Nr. 65 zu Art. 9 GG Arbeitskampf m. Anm. MAYER-MALY = EzA Nr. 36 zu Art. 9 GG Arbeitskampf mit Anm. RÜTHERS = EzBAT Nr. 11 zu § 8 BAT Arbeitskampf = ARSt. 1980, 115 = AuR 1980, 259 = BB 1980, Beil. 4, 2; 2141 (WOHLGEMUTH, BOBKE) = BISTSozArbR 1980, 241; 1981, 104 (MÜCKENBERGER) = DB 1980, 1274, 1593 (KONZEN, SCHOLZ), 1694 (H. P. MÜLLER), 2188 (LIEB) = JuS 1980, 766 = MDR 1980, 787 = NJW 1980, 1653 = RdA 1980, 240 = SAE 1980, 169, 273 (KRAFT) = SF 1980, 217 (HERSCHEL) = WM 1980, 829.

12) Urteil vom 5. 3. 1985 – 1 AZR 468/83 = BAGE 48, 160 = AP Nr. 85 zu Art. 9 GG Arbeitskampf = EzA Nr. 57 zu Art. 9 GG Arbeitskampf m. Anm. WEISS = ARSt. 1985, 80, 174; 1986, 10 = AuR 1985, 227; 1986, 193, 220 (PLANDER) = BB 1985, 524 = BISTSozArbR 1985, 279 = DB 1985, 601, 1695 = JR 1986, 352 = JZ 1986, 195 = MDR 1985, 788 = NJW 1985, 2545 = NZA 1985, 504 = RdA 1985, 376 = SAE 1986, 60 – für Sympathiestreik.

13) Vgl. u. a. ZTR 1988, 272.

14) So PLANDER, ZTR 1989, 135 ff.

15) BROX/RÜTHERS/SCHLÜTER/JÜLICHER, a. a. O. (Fn. 5), Rn. 17.

16) Arbeitsförderungsgesetz vom 25. 6. 1969 (BGBl. I, 582), zuletzt geändert durch Achten Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes und zur Förderung eines gleitenden Übergangs älterer Arbeitnehmer in den Ruhestand vom 20. 12. 1988 (BGBl. I, 2343).

17) Arbeitsgerichtsgesetz vom 3. 9. 1953 (BGBl. I, 1267) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. 7. 1979 (BGBl. I, 853, ber. 1036), zuletzt geändert durch Gesetz zur Bildung von Jugend- und Auszubildendenvertretungen in den Betrieben vom 13. 7. 1988 (BGBl. I, 1034).

18) Gesetz zur Regelung der gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung (Arbeitnehmerüberlassungsgesetz) vom 7. 8. 1972 (BGBl. I, 1393) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. 6. 1985 (BGBl. I, 1068), zuletzt geändert durch Zweites Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität (2. WiKG) vom 15. 5. 1986 (BGBl. I, 721).

19) Bundespersonalvertretungsgesetz vom 15. 3. 1974 (BGBl. I, 693), zuletzt geändert durch Gesetz zur Bildung von Jugend- und Auszubildendenvertretungen in den Verwaltungen vom 13. 7. 1988 (BGBl. I, 1037).

20) Vgl. nur BVerfG vom 1. 3. 1979 – 1 BvR 532 u. 533/77, 419/78 sowie 1 BvL 217/78 = BVerfGE 50, 290 (367) = AP Nr. 1 zu § 1 MitbestG m. Anm. WIEDEMANN = EzA Nr. 1 zu § 7 MitbestG = BayVBl. 1979, 239 = BB 1979, Beil. 2, 398 (ULMER) = DB 1979, 593, Beil. 5 (G. MÜLLER) = DÖV 1979, 251 = DVBl. 1979, 399 (SCHRAMM) = JuS 1979, 897 = JZ 1979, 743 (RITTNER) = MDR 1979, 466 = NJW 1979, 593, 833 (MEESSEN) = RdA 1979, 380 (SÄCKER) = WM 1979, 389; und vom 20. 10. 1981 – 1 BvR 404/78 = BVerfGE 58, 233 (246) = AP Nr. 31 zu § 2 TVG = EzA Nr. 13 zu § 2 TVG = AuR 1982, 259 = DB 1982, 231 = DVBl. 1982, 192 = WM 1982, 58 = ZfSH/SGB 1982, 117.

21) So schon BVerfG vom 19. 2. 1975 – 1 BvR 418/71 = BVerfGE 38, 386 (393) = AP Nr. 50 zu Art. 9 GG Arbeitskampf m. Anm. KITTNER = AuR 1975, 350 (RAMM) = BB 1975, 515 = DB 1975, 792 = JZ 1975, 321 = NJW 1975, 968.

22) Vgl. jüngstens den Vorschlag von BIRK/KONZEN/LÖWISCH/RAISER/SEITER, Gesetz zur Regelung kollektiver Arbeitskonflikte – Entwurf und Begründung, Tübingen 1988, dazu u. a. RÜTHERS – „Vergebliches Bemühen?“ – in FAZ vom 15. 3. 1989.

23) Grundlegend insbesondere BAG vom 21. 4. 1971 – GS 1/68 = BAGE 23, 292 = AP Nr. 43 zu Art. 9 GG Arbeitskampf = EzA Nr. 6 zu Art. 9 GG Arbeitskampf = EzBAT Nr. 2 zu § 8 BAT Arbeitskampf = ARSt. 1971, 98 = AuR 1971, 145, 353, 384 (REUSS) = BB 1971, 701 = DB 1971, 1061 = JR 1971, 498 = JuS 1971, 490; 1973, 284 (REUTER) = MDR 1971, 697 = NJW 1971, 1668 = PersV 1971, 192 = RdA 1971, 185, 256, 321 (MÜLLER), 327 (SCHEUNER), 334 (RICHARDI), 346 (MUSA) = SAE 1972, 1 (RICHARDI) = SF 1971, 193 (NN) = VersR 1971, 824.

24) Vgl. RdA 1974, 306.

25) Vgl. BAG vom 21. 4. 1971 – 1 GS 1/68, a. a. O. (Fn. 23).

26) Urteil vom 5. 3. 1985 – 1 AZR 468/83, a. a. O. (Fn. 12).

27) Urteil vom 12. 1. 1988 – 1 AZR 219/86, a. a. O. (Fn. 13).

28) Siehe dazu oben I.

29) So aber PLANDER, a. a. O. (Fn. 14).

einem Arbeitskampf Partei zu ergreifen, etwa seine Solidarität mit den Streikenden zu bekunden. Er ist nur daran gehindert, dies durch Verletzung seiner Arbeitspflicht – und damit zu Lasten seines Arbeitgebers als letztlich unbeteiligtem Dritten – zu tun. Darin gelangt aber nur ein grundlegendes Prinzip der deutschen Rechtsordnung zum Ausdruck, die bekanntlich auch Verträge zu Lasten Dritter als mit dem Grundsatz der Privatautonomie unvereinbar und daher unzulässig einstuft<sup>30</sup>). Soweit im übrigen vertreten wurde, es gebe Wirtschaftszweige, in denen ohne solche Arbeitskämpfe in sachlich benachbarten Wirtschaftszweigen eine Durchsetzung kollektiver Arbeitsbedingungen überhaupt ausgeschlossen sei, weil der geringe Organisationsgrad der Arbeitnehmer jede wirksame Tarifpolitik verhindere<sup>31</sup>), ist dem die Tatsache zutreffend entgegengehalten worden, daß es in der Praxis nur sehr wenige Streitfälle um solche Arbeitskämpfe gegeben habe<sup>32</sup>), ein praktisches Bedürfnis für diese Kampfform mithin nicht besteht. Zudem hat das BAG selbst hervorgehoben<sup>33</sup>), daß es – zu jedem Grundsatz gehören bekanntlich schon begriffsnotwendig Ausnahmen – Fälle zulässiger Solidaritätsstreiks geben könne, etwa wenn der von einem solchen Streik betroffene Arbeitnehmer zuvor seine Neutralität im Hauptarbeitskampf verletzt habe<sup>34</sup>). Wann solche Ausnahmen, im übrigen wohl zwangsläufige Konsequenz des Grundsatzes der Kampfparität<sup>35</sup>), im einzelnen vorliegen könnten, kann an dieser Stelle aber dahinstehen.

### III. Fazit

Die Entscheidung des BAG vom 12. 1. 1988 – 1 AZR 219/86 – ist, insbesondere in der Zusammenschau

mit dem das gleiche Sujet betreffende Urteil vom 5. 3. 1985 – 1 AZR 468/83 –<sup>36</sup>) ein guter Beleg dafür, daß klar herausgearbeitete Kriterien auch zu klaren, für alle Beteiligten praktisch einfach zu handhabenden Resultaten und damit zu einem wichtigen Stück Rechtssicherheit führen. – Nachzutragen bleibt, daß es natürlich keinen Unterschied machen kann, ob ein Arbeitskampf als Solidaritäts- oder als Sympathiestreik bezeichnet wird. „Sympathie“ als soziologischer Begriff ist nämlich als die „Gleichgerichtetheit der Überzeugung und Gesinnung“, „sympathisieren“ dementsprechend als „den Ideen und Anschauungen einer Gruppe wohlwollend gegenüberstehen“ definiert<sup>37</sup>); der Kreis zur „Solidarität“<sup>38</sup>) schließt sich also spätestens an dieser Stelle.

30) Vgl. nur PALANDT, Bürgerliches Gesetzbuch, 48. Aufl. 1989, Einf. v. § 328 Rn. 5c m. ausf. Nachw. d. Rspr. des BGH.

31) So z. B. SÖLLNER, Arbeitsrecht, 6. Aufl., § 12 II 5e β aa; sehr viel zurückhaltender aber spätere Auflagen.

32) BROX/RÜTHERS/SCHLÜTER/JÜLICHER, a. a. O. (Fn. 5), Rn. 143

33) Urteil vom 5. 3. 1985 – 1 AZR 468/83, a. a. O. (Fn. 12).

34) Angedeutet – für Unterstützungshandlungen – auch in BAG vom 21. 12. 1982 – 1 AZR 411/80 = AP Nr. 76 zu Art. 9 GG Arbeitskampf = EzA Nr. 1 zu § 1 TVG Friedenspflicht m. Anm. DÜTZ = EzBAT Nr. 15 zu § 8 BAT Friedenspflicht = ARSt. 1983, 126 = AuR 1983, 185 = BB 1983, 1410 = BStSozArbR 1983, 199 = DB 1983, 1098 = JuS 1983, 813 = MDR 1983, 697 = NJW 1983, 1750 = RdA 1983, 198 = SAE 1983, 217 (HEINZE).

35) Vgl. dazu ausf. BROX/RÜTHERS/SCHLÜTER/JÜLICHER, a. a. O. (Fn. 5), Rn. 166 ff.

36) A. a. O. (Fn. 13 bzw. 12).

37) DROSDOWSKI/KÖSTER/MÜLLER/SCHOLZE-STUBENRECHT, a. a. O. (Fn. 1), 742.

38) Vgl. oben I.